

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein

Abg. Martin Güll

Abg. Thomas Gehring

Abg. Günther Felbinger

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr.**

**Michael Piazolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

**zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und**

**Unterrichtswesen - Wahlfreiheit G 9/G 8 (Drs. 17/13)**

**- Erste Lesung -**

Der Gesetzentwurf wird vonseiten der Antragsteller begründet. Der erste Redner ist Herr Professor Dr. Michael Piazolo. Bitte schön, Herr Kollege.

**Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es war einmal vor ziemlich genau zehn Jahren, im November 2003, als Herr Ministerpräsident Edmund Stoiber genau von dieser Stelle aus eine Regierungserklärung gehalten hat. In dieser Regierungserklärung hat er sein erstes Wahlversprechen gebrochen und die Einführung der achtjährigen Gymnasialzeit ex cathedra von diesem Pult aus dekretiert. Dazu muss man wissen: Im Juni des gleichen Jahres, mitten im Wahlkampf, hat er den Lehrern versprochen: Wir bleiben beim G 9. Read my lips: Wir bleiben beim G 9. Drei Monate später hat er von diesem Pult aus den Schwenk zum G 8 vollzogen. Er hat sich sogar an die Spitze der Länder gesetzt und das G 8 nicht nur für die 5., sondern gleich auch für die 6. Klasse eingeführt. Er hat das Ganze unvorbereitet, unüberlegt und überfallartig eingeführt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, bis heute leiden wir in der Bildungspolitik unter dieser Stoiberschen Wende.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das war ein Angriff auf bayerische Bildungsstandards. Heute verzeichnen wir im G 8 einen Anstieg bei den Krankheiten der Schüler. Wir sehen uns einem Abstieg Bayerns in den Ranglisten gegenüber. Das haben die letzten Tage bewiesen.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ein guter Witz! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das ist traurige Realität!)

- Herr Abgeordneter, das ist kein guter Witz; das ist so. Inzwischen liegen alle ostdeutschen Länder vor Bayern. Sehen Sie sich das einmal an! Sie waren zwar eine Weile nicht da, - -

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Georg Waschler (CSU))

- Ich war damals nicht da, aber ich habe mir die Zahlen angesehen. – Sprechen Sie einmal mit Schülern: Das große Problem ist die fehlende Nachhaltigkeit, Stichwort Bulimie-Lernen. Gott sei Dank gehört die Stoibersche Bildungspolitik der Vergangenheit an. Was bringt die Gegenwart? – Die Gegenwart bringt unser Gesetz: Ja zur Wahlfreiheit G 9/G 8. Das Modell überzeugt, und es ist auch bewährt. Baden-Württemberg, Hessen und andere Länder interessieren sich ebenfalls dafür. Das Modell besteht aus drei Komponenten:

Erstens, die Wahlfreiheit zwischen einem G 8 ohne Flexijahr mit mehr individueller Förderung und einem G 9, und zwar einem neuen G 9. Wir wollen nicht zurück zum alten G 9, sondern wollen ein G 9 mit einem neuen pädagogischen Konzept. Das Flexijahr – das weiß der Minister – wird nicht angenommen. Im Grunde genommen ist es ein Globuli der Gymnasialpolitik. Der Einzige, der ein Flexijahr genommen hat, ist der Ministerpräsident selbst. Er ist flexibel bei den politischen Bestimmungen; die anderen sind es weniger.

Zweitens wollen wir zwei Varianten, entweder die beiden Zweige G 8 und G 9 an einer Schule oder eine Entscheidung der Schulen entweder für das G 9 oder das G 8.

Drittens. Diese Entscheidung soll das Schulforum treffen. Wir wollen hier die Schulen in die Verantwortung nehmen.

Die Vorteile liegen auf der Hand: mehr Zeit zum Lernen, entschleunigtes Lernen, nachhaltiges Lernen und schülergerechtes Lernen. Wir erhalten mehr Individualität.

Jeder wählt die Form, die seinen Fähigkeiten entspricht. Wir erhalten mehr Autonomie. Die Entscheidung erfolgt für die und von den Gymnasien vor Ort statt mittels einer Fremdbestimmung durch die Ministerien. Und wir erhalten mehr Gerechtigkeit. Wir wollen das Stadt/Land-Gefälle abbauen. Die Übertrittsquoten liegen auf dem Land teilweise bei 25 % und in den Städten teilweise über 70 %. Ich sage Ihnen: Auf dem Land sind die Schüler nicht dümmer als in der Stadt. Auf dem Land sind nur die Verhältnisse schlechter. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das wollen wir abstellen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sie haben nun die Chance, diesem Gesetz zuzustimmen. Im Übrigen – Sie wissen es – sind wir dabei, Unterschriften für ein Volksbegehren zu sammeln. Die Bevölkerung wird Ihnen dann die Entscheidung aus der Hand nehmen.

Vielleicht noch ein Hinweis, auch an die Kollegen der SPD: Wir fahren ganz bewusst zweigleisig. Wir wollen ein politisches Ziel verfolgen. Das werden wir mit allen Mitteln tun, sowohl mit dem Volksbegehren als auch mit parlamentarischen Mitteln. Das haben wir im Gegensatz zu anderen bei den Studiengebühren auch so gemacht, und wir haben das Ziel erreicht.

Wie könnte die Zukunft aussehen? - Das Gesetz ist ein erster Schritt hin zu einem modernen gymnasialen Lernen im 21. Jahrhundert. Weitere werden folgen. Wir wollen das Lernen mit Freude und Erfolg. Wenn Sie uns folgen – dazu fordere ich Sie auf –, stellen Sie das Kindeswohl, das Wohl der Schüler in den Mittelpunkt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Als Nächste hat Frau Kollegin Kerstin Schreyer-Stäblein von der CSU das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke für den Geschichtsausflug. Herr Piazolo, wir zwei waren zu dem Zeitpunkt nicht im Landtag. Insofern war das jetzt eine geschichtsträchtige Replik.

Wir diskutieren heute über den Gesetzentwurf, den die FREIEN WÄHLER eingebracht haben. Aus unserer Sicht hat sich das Gymnasium so, wie es jetzt läuft, bewährt. Sie wissen ja – die Mitglieder des Bildungsausschusses können Ihnen das berichten –, dass wir eine Anhörung hatten. Dabei wurde deutlich, dass keiner generell zum neun-jährigen Gymnasium zurück will, sondern dass die Fragestellungen anders lauten.

Wir haben den doppelten Abiturjahrgang 2011 erfolgreich gemeistert. Das war ein großer Kraftakt. An dieser Stelle gilt auch ein Dankeschön an den Minister, Ludwig Spaenle, der immer schnell reagiert hat, wenn es irgendwelche Fragen gab. Wenn Umstellungen stattfinden, gibt es natürlich immer Fragen. Deswegen wurde die Umstellung auch von einem Monitoring-Prozess begleitet. Es ging nicht darum, unzählige Nachbesserungen vorzunehmen, wie es immer wieder so schön heißt, sondern es ging darum, dort nachzujustieren und feinzujustieren, wo Fragestellungen auftraten.

Wir wollen mit unserem Angebot von der Systemstruktur-Diskussion weg. Wir wollen hin zu individuellem Lernen. Deswegen brauchen wir ein Frühwarnsystem und ein erweitertes Förderangebot mit Intensivierungsstunden, Blockstunden usw. und natürlich auch das Flexibilisierungsjahr.

Wir wollen in der Mittelstufe erreichen, dass die Kinder wirklich bei Bedarf ein Jahr länger Lernzeit in Anspruch nehmen können. Das macht Sinn, wenn wir nicht die Systeme im Blick haben, sondern den einzelnen Schüler. Unsere Idee ist, den einzelnen Schüler in den Blick zu nehmen.

Die FREIEN WÄHLER schlagen in dem Gesetzentwurf vor, Parallelstrukturen anzubieten, das heißt parallel ein G 9 und ein G 8. Das würde natürlich bedeuten, dass wir damit massiv Ressourcen binden und an dieser Stelle die Wahlfreiheit entsprechend einschränken.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das Flexi-Jahr bindet keine Ressourcen?  
Hat jeder einen Privatlehrer?)

- Ich darf den Kollegen informieren – er sagt ja immer, dass er so für den ländlichen Raum eintritt –,

(Beifall bei der CSU)

dass die Befürchtung besteht, die Schulstruktur vor Ort würde dadurch gefährdet; denn wenn an einer Schule mehr angeboten wird, bedeutet dies im Umkehrschluss, dass dort mehr Schüler hingehen. Deshalb besteht die große Gefahr, dass wir den Schülern vielleicht längere Fahrtwege zumuten, weil wir Schulen gefährden. Es macht natürlich überhaupt keinen Sinn, ein G 9 neben einem G 8 anzubieten. Die Idee eines neuen G 9 ist überholt. Das ist keine Weiterentwicklung, sondern an dieser Stelle ein Rückschritt.

Sehen wir uns die Abiturprüfungen dieses Jahres an: Wir wissen, dass 97 % der Schüler bestanden haben, und wir wissen, dass ein hoher Anteil sehr gut bzw. gut abgeschnitten hat. Das bedeutet also: Offensichtlich funktioniert unser Gymnasium.

Spannend finde ich, dass die FREIEN WÄHLER seit Mai Unterschriften für das Volksbegehren sammeln. Wenn dies ein großes Thema für die Bürgerinnen und Bürger wäre, hätte man durchaus relativ schnell genügend Unterschriften bekommen können. Man merkt: Dieser Gesetzentwurf geht an den Eltern, den Schülern und den Lehrern vorbei. Deswegen werden wir ihn auch ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Kollege Martin Güll von der SPD das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Martin Güll (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wohl wahr, dass die Wählerinnen und Wähler entschieden haben und es zur abso-

luten Mehrheit gekommen ist. Es ist aber genauso wahr, dass die Kritik am G 8 nicht abebbt und dass vor allem die Eltern und die Lehrer, also die Akteure in den Schulen, bis zum heutigen Tag nicht mit dem zufrieden sind, was wir in Bayern mit dem Gymnasium machen. Deswegen ist es notwendig, an dem Thema dranzubleiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, in Artikel 9 Absatz 4 Ihres Gesetzentwurfes ist ein wenig problematisch, dass Sie die Ausgestaltung des Gymnasiums ausgerechnet wieder dem Ministerium übertragen, von dem wir in den letzten zehn Jahren schon nichts hinsichtlich einer vernünftigen Umsetzung erwarten konnten.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen also noch einmal darüber nachdenken, wie man dies ausgestaltet.

Insgesamt stelle ich fest: Man darf nicht wieder den Bock zum Gärtner machen. Wir müssen uns in den Parlamentsfraktionen und im Bildungsausschuss ausgiebig mit dem Gesetzentwurf und mit diesem Thema befassen und dann eine Entscheidung treffen, die den Schülerinnen und Schülern auch wirklich weiterhilft; denn für uns in der SPD-Fraktion stehen die Schülerinnen und Schüler im Mittelpunkt. Wir wollen für diese ein pädagogisch modernes und gut aufgestelltes Gymnasium in Bayern entwickeln, und dazu stehen wir auch. Dies ist bisher mitnichten geschehen. Deshalb müssen wir ganz gezielt und ausführlich in diese Debatte einsteigen.

Ja, wir wollen auch eine individuelle Förderung, liebe Frau Kollegin Schreyer-Stäblein; ich habe gehört, dass Sie nicht mehr im Bildungsausschuss sind. Wir werden auf Ihre Ratschläge verzichten müssen.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Ich begleite Sie weiter; keine Sorge!)

Bestimmt kommt aber etwas nach, was uns in dieser Richtung weiterbringen wird. Wir wollen ein Lernen ohne Druck. Wir wollen ein Gymnasium, das Nachhaltigkeit und eine Vertiefungsmöglichkeit bietet. Wir nehmen nämlich sehr wohl zur Kenntnis, dass

uns gerade die Oberstufenlehrkräfte sagen: Das, was im Moment im bayerischen Gymnasium Richtung Abitur abgeht, hat nichts mehr mit dem früheren nachhaltigen, vertieften Arbeiten und der Studierfähigkeit zu tun. Gleiche Botschaften bekommen wir aus den Universitäten. Wir müssen uns also vor allem mit diesen inhaltlichen Fragen auseinandersetzen.

Die Laufzeit einer Schulform ist nicht das Entscheidende. Man kann in Bayern ein Gymnasium in acht Jahren durchlaufen; man kann es in neun Jahren durchlaufen. Wir sind diesbezüglich relativ leidenschaftslos, wenn die Inhalte stimmen. Aber auch Bayern ist keine Insel der Seligen. Wir haben Vorgaben der Kultusministerkonferenz. Diese KMK-Vorgaben weisen uns darauf hin, dass wir die Verdichtung der Unterrichtsstunden in der G-8-Version offensichtlich nicht vernünftig zustande bringen. Deshalb ist die Fraktion der SPD auf den Begriff der Wahlfreiheit des Gymnasiums der zwei Geschwindigkeiten gekommen,

(Beifall bei der SPD)

in dem wir das G 8, die verkürzte Form, als gebundene Ganztagschule anbieten wollen. So halten wir das tatsächlich für realisierbar. Ansonsten sind wir für die Entschleunigung in der neunjährigen Variante mit den notwendigen Veränderungen in der Pädagogik.

Für uns ist und bleibt entscheidend, wie das Gymnasium inhaltlich aufgestellt ist. Hier geht es nicht darum, die Lehrpläne weiter zu entrümpeln, sondern es geht darum, die Lehrpläne genau daraufhin zu überprüfen, ob sie auch der jetzigen Lebenswirklichkeit entsprechen und die Schülerinnen und Schüler weiterbringen. Es geht darum – Stichwort Gymnasium Oettingen –, die Methoden zu überprüfen, die es in einer zeitgemäßen Schule wie dem Gymnasium auch geben muss. Es geht darum, auch eine inhaltlich und organisatorisch vernünftige Umsetzung zu gewährleisten. Wir haben Vorschläge dazu gemacht, die wir im Bildungsausschuss auch wieder thematisieren werden.



Es ist möglich, in jedem bayerischen Gymnasium beide Formen anzubieten, wenn man eine organisatorische Neuaufstellung macht. Darüber müssen wir reden; darüber werden wir noch einmal verhandeln. Ich hoffe, dass die Bayerische Staatsregierung und unsere Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion im Bildungsausschuss bereit sind, im Interesse der Schülerinnen und Schüler, aber auch im Interesse der Lehrkräfte und im Interesse der Sache mit uns noch einmal genau hinzusehen und dieses Gymnasium Zug um Zug einer grundlegenden Überprüfung zu unterziehen und die notwendigen Schritte einzuleiten. Ich bitte Sie – dann macht der Gesetzentwurf auch Sinn –, dies im Bildungsausschuss in Ruhe zu besprechen und in Bayern die bayerischen Schülerinnen und Schüler voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Als Nächster hat Kollege Thomas Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön.

**Thomas Gehring (GRÜNE):** (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Als die FREIEN WÄHLER ihr Volksbegehren im Sommer starteten, haben wir gesagt: Wir beteiligen uns nicht daran, weil dieses Thema im Landtag zu bearbeiten ist und wir mit diesem Thema in den Wahlkampf gehen und andere Mehrheitsverhältnisse herbeiführen wollen, um nach der Wahl eine andere, bessere Bildungspolitik in Bayern zu machen. Das ist uns nicht gelungen, aber liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU: Missverstehen Sie dieses Wahlergebnis nicht als Zustimmung zum G 8. Das wäre ein fataler Fehler.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN – Hubert Aiwanger  
(FREIE WÄHLER): Da gibt es Umfragen dazu!)

Man kann auch Erfolge missdeuten.

Die Belastung in der Unterstufe ist groß. Gerade die zweite Fremdsprache in der 6. Klasse wird von vielen Lehrkräften und Eltern als großes Problem empfunden. Die

Belastungen in Mathematik sind hoch. Die Verdichtung des Stoffes vor allem in der Mittelstufe ist zu stark. Die Fächervielfalt ist für die Schülerinnen und Schüler letztendlich nicht zu handhaben. Die Lehrerinnen und Lehrer klagen, dass sie die Schüler oft gar nicht mehr ansprechen können und dass das Lernen eben nicht nachhaltig ist. Es wird zwar viel gebüffelt, aber im Vergleich dazu zu wenig gekonnt, vor allem in der Oberstufe. Die nach wie vor doppelt so hohen Durchfallerquoten beim Abitur gegenüber früher zeigen, dass da etwas nicht stimmt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das G 8 hat nach wie vor Akzeptanzprobleme, bei jeder neuen Elterngeneration, die ihre Kinder aufs Gymnasium schickt, von Neuem. Die Eltern stöhnen sehr bald über die Situation dort und können das nicht verstehen. Sie können vor allem nicht verstehen, dass auf der einen Seite verdichteter Unterricht stattfindet, viel in die Stunden hineingepresst wird und dann am gleichen Tag in der nächsten Woche die Unterrichtsstunden ausfallen und es keinen juckt, was da passiert. Also Verdichtung einerseits und Unterrichtsausfall andererseits, das ist die Realität des G 8 vor Ort.

Man muss sich als Urheber des G 8 – und das ist die CSU – schon einmal überlegen, was eigentlich los ist, wenn man ein Modell auf den Weg gebracht hat, das jetzt eine ganze Schülergeneration durchlaufen hat und das nach acht Jahren immer noch nicht rundläuft, obwohl es viele Änderungen gab. Das ist ähnlich wie bei einem Autohersteller, der ein Modell hat, das nach zehn Jahren immer noch nicht von den Kunden akzeptiert wird. Der kann dann auch nicht sagen, ihr irrt euch, das fährt gut. Der muss irgendwann überlegen, ob er das Modell zurückzieht und ein neues auflegt. Ich denke, vor dieser Situation stehen wir alle miteinander.

Die Verbesserungen des Kultusministeriums in den letzten Jahren haben nicht gegriffen. Wenn man sich bei Lehrkräften umhört, stellt man fest, das sogenannte Flexijahr ist eine Lachnummer in den Lehrerzimmern und wird nicht funktionieren. Es wird nicht dazu führen, dass es eine individuelle Lernzeitverlängerung für einzelne Schüler gibt.

Es ist für wenige Einzelne ein freiwilliges Wiederholen. Die Schulen werden jetzt diese Stunden irgendwie einsetzen, aber das wird nicht die Probleme des G 8 lösen; das wissen wir alle.

Wir diskutieren heute über den Gesetzentwurf der FREIEN WÄHLER, und dazu habe ich schon ein paar Fragen. Eine ist: Sie reden von G 8, G 9 und von Wahlmöglichkeit. Wir alle wissen, dass das Gymnasium mit den zwei Zügen G 8 und G 9 Probleme mit sich bringt, zum Beispiel für die Eltern, die jetzt in der 4. Klasse noch einen größeren Entscheidungsdruck haben.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Herr Aiwanger, okay, gleich. Die Eltern müssen sich überlegen: Schicke ich mein Kind auf die Mittelschule, auf die Realschule, auf das G 8 oder das G 9? Der Entscheidungsdruck in der 4. Klasse wird größer, und wir wissen, dass das in der 4. Klasse ein Problem ist.

Wir können diese zwei Züge vor allem an kleineren Standorten an Gymnasien nicht nebeneinander anbieten; das ist organisatorisch nicht machbar. Gleichzeitig reden Sie davon, dass es dann die Entwicklung zum G 9 gibt. Da brauchen wir eine klare Sprache: Entweder wir reden von Wahlfreiheit, wie auch immer das gestaltet wird, oder wir reden von der Rückkehr zum G 9. Wir sollten aber die Wahlfreiheit nicht als Hebel benutzen, um doch zum G 9 zurückzukehren. Da müssen wir klar sagen, wollen wir das G 9 einführen, wollen wir es reformieren, oder wollen wir die Wahlfreiheit. Eine Mogelpackung geht hier nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen den Gesetzentwurf zum Anlass nehmen, um hier im Landtag – Kollege Güll hat es schon angedeutet – das Thema G 8 noch einmal richtig zu diskutieren. Im Vordergrund steht für uns die Situation der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen den Druck herausnehmen. Es geht darum, das Ganze richtig zu organisieren. Wir müssen

diskutieren, ob individuelle Lernzeiten möglich sind, ob dieses Modell der zwei Geschwindigkeiten ab der Oberstufe, das wir früher schon präferiert haben, eine Möglichkeit ist oder wie wir generell mit dem G 8/G 9 weitermachen.

Wir sehen in allen Bundesländern Veränderungsprozesse, quer durch alle Parteien herrscht ein sehr uneinheitliches Bild. Vielleicht müssen wir einmal über Bayern hinausdenken und –diskutieren. Ich freue mich auf jeden Fall auf eine spannende Diskussion. Ruhe beim G 8 wird es nicht geben, sondern wir stehen vor einer großen Reformdebatte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön, Herr Kollege. Als nächster Redner hat Herr Kollege Günther Felbinger von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

**Günther Felbinger (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stimme dem Kollegen Gehring zu, Ruhe wird es in der Debatte um das G 8 auf keinen Fall geben. Das haben auch die verschiedenen Wortmeldungen und Beiträge gerade gezeigt. Ich will auf eine Aussage des früheren Ministerpräsidenten Stoiber zurückkommen, der damals als Begründung für die Einführung des G 8 sagte – ich zitiere: "Das deutsche Bildungssystem raubt den Jugendlichen im europäischen Vergleich wertvolle Zeit, die sie für Familiengründung, Beruf und den Aufbau ihrer Altersversorgung nutzen können."

Sehen wir doch einmal, was unsere G-8-Abiturienten nach ihrem Abschluss machen: Sie nehmen ein Jahr Auszeit, sie machen ein soziales Jahr, sie beginnen ein Studium und brechen es wieder ab, weil ihnen die Orientierung noch fehlt, weil ihnen die Reife noch fehlt. Da frage ich mich: Ist dieses G 8 wirklich so sinnvoll, wie Sie von der CSU es immer darstellen?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Sinnvoll, meine Damen und Herren, wäre es, mehr Qualität in das bayerische Gymnasium zu bringen. Dass die Qualität im G 8 gelitten hat, ist unbestritten. Da müssen Sie nur die Hochschullehrer an den Universitäten fragen, die den G-8-Absolventen die Studierfähigkeit absprechen, ebenso die Unternehmer, die Azubis ausbilden und sagen, ihnen fehlt noch die Orientierung im eigentlichen Sinne.

Also: Wir brauchen mehr Zeit zum Lernen – das ist das eine -, und wir brauchen auch mehr Zeit zur Persönlichkeitsentwicklung und zur Erlangung der geistigen Reife. Deswegen brauchen wir Veränderungen, die nicht weitere Reparaturen beinhalten – das will ich deutlich sagen -, sondern nur mit einer geregelten Lernzeitverlängerung zu erreichen sind. Ich sage bewusst: eine gesteuerte Lernzeitverlängerung und keine Wischiwaschi-Verlängerung, wie Sie das mit dem Flexijahr derzeit anstreben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Staatsminister, es ist schlimm genug, dass Sie auf eine Anfrage des Kollegen Güll, wie viele Schülerinnen und Schüler denn tatsächlich das Flexijahr in Anspruch nehmen, wieder einmal behaupten, sie können keine Angaben über die freiwilligen Wiederholer machen,

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil es Promille sind!)

weil sich die Zahl als so peinlich herausstellen würde, dass ich sie an Ihrer Stelle ehrlich gesagt auch nicht veröffentlichen würde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie, Frau Schreyer-Stäblein, von zusätzlichen Ressourcen reden, dann muss ich Ihnen sagen: Da würde ich an Ihrer Stelle kleinlaut bleiben. Sie versuchen krampfhaft, mit dem Flexijahr jedem Schüler seinen eigenen Nachhilfelehrer zu geben, aber es gelingt nicht. Das ist eine Verschleuderung von Ressourcen. Deshalb brauchen wir eine systematische Neuordnung hin zur Wahlfreiheit und zu einem G 9, das auch wirklich allen Schülerinnen und Schülern dient.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch in einem weiteren Punkt, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, muss ich Ihnen deutlich widersprechen. Sie haben von einer Zerschlagung von Schulstrukturen im ländlichen Raum gesprochen und der Unmöglichkeit, Parallelstrukturen an kleineren Gymnasien zu halten. Da will ich gern auf eine Aussage des Kollegen Freller – er ist da – vom 27. Februar 2003 in einer Pressemitteilung hinweisen. Da sagten Sie: Am Gymnasium könnten Eltern und Kinder neben Ausbildungsrichtungen, Fremdsprachen oder Prüfungsfächern jetzt auch vermehrt zwischen verschiedenen Nachmittagsangeboten sowie der acht- oder neunjährigen Ausbildungsdauer wählen. Jetzt frage ich Sie hier, Herr Kollege Freller: Warum soll heute nicht mehr möglich sein, wofür das Kultusministerium sich vor zehn Jahren noch so gelobt hat?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Auch bei einem weiteren Punkt, Frau Kollegin Schreyer-Stäblein, brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Ich glaube, es ging darum, dass wir mit der Unterschriftenaktion begonnen haben. Die Unterschriften haben wir momentan gut in den Schubladen gelagert und bringen sie zeitig zum Vorschein. Immer einen Schritt nach dem anderen! Heute haben wir diesen Gesetzentwurf vorgelegt, und wir sind sicher, dass dieser Gesetzentwurf der Weg in die richtige Richtung ist, nämlich zu mehr Zeit zum Lernen für unsere Schülerinnen und Schüler und insgesamt zu einer Rückkehr zum G 9.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Danke schön. Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr. Die Aussprache ist damit geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Bildung und Kultus als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist es so beschlossen.